



Umgekehrt erklärte sich die Konferenz des christlichen Gewerkevereins wieder für den Schiedspruch mit der Begründung, er bringe den Arbeitern größere materielle Vorteile, insbesondere höhere Löhne, als die freie Vereinbarung.

Die Situation ist jetzt recht verworren und darum kritisch. Alle Uebereinstimmungen sind eingestellt. Der Förderungsanfall wird von der Unternehmerseite auf 800 000 Tonnen monatlich beziffert.

So hat sich die Lage im Ruhrbergbau recht eigenartig gestaltet. Ein unter der Patronanz der Reichsregierung gestellter Schiedspruch hat sich für einen Lohnausgleich entschieden. Die Zechenherren weigern sich, diese Löhne ohne Kohlenpreiserhöhung zu zahlen. Herr Stinnes will nicht. Die Regierung gibt aber den Arbeiterorganisationen keine Garantie für die Schiedspruchslöhne. Die Gewerkschaften sind infolge des Schiedspruchs getrennt. Die neue freie Vereinbarung wird freilich 1,50 M. Schichtlohn weniger als der Schiedspruch, die vereinbarten Löhne werden jedoch, ohne Kohlenpreiserhöhung gezahlt. Die deutsche Volkswirtschaft ist schon durch viel zu hohe Kohlenpreise belastet; sollen nun noch weitere Belastungen eintreten? Die freien Gewerkschaften empfehlen ihren Mitgliedern das Ueberstunden- und Lohnabkommen ohne Kohlenpreiserhöhung. Anders der christliche Gewerkeverein. Er empfiehlt die Schiedspruchslöhne auf die offenbare Gefahr hin, daß die Volkswirtschaft mit noch höheren Kohlenpreisen belastet wird. Die Reichsregierung, der dem christlichen Gewerkeverein am nächsten stehende Parteiführer angehört, predigt uns allen Sparsamkeit, betont immerfort die Notwendigkeit einer allgemeinen Preislenkung.

Die Vorgänge im Ruhrbergbau können sich zur unheilvollen Krisis auswachsen. Das könnten wir zu den außenpolitischen Schwierigkeiten gerade noch brauchen!

### Gebunden oder ungebunden?

In der „Germania“ und im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht Herr Stegerwald eine Darstellung, um darzutun, daß er bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten keinerlei Bindungen eingegangen sei. Von ihm persönlich haben wir das nie behauptet. Um so sicherer ist es aber, daß die Zentrumsfraktion, die Herr Stegerwald als Kandidaten den anderen Koalitionsparteien präsentierte, durch ihre bevollmächtigten Unterhändler die Verpflichtung eingegangen ist, daß Herr Stegerwald zurücktreten werde, wenn seine Kabinettsbildung die Zustimmung einer Koalitionspartei nicht findet. Herr Stegerwald stellt die Dinge folgendermaßen dar:

In der Sitzung der Zentrumsfraktion vom Sonnabend, 9. April, vormittags 10 Uhr, erstatteten die Abgeordneten Geheimrat Dr. Porsch und Bronowski Bericht über das Ergebnis der vorhergehenden Abende. Die Sozialdemokratie habe in dieser Sitzung ihren auf formelle Bindung lautenden Beschluß zurückgezogen, aber die Erwartung ausgesprochen, daß der neue Ministerpräsident in der gleichen Richtung ohne Bindung verfare. Die Vertreter der Zentrumsfraktion hätten sich aber auch darauf nicht eingelassen.

Das ist nur die halbe Wahrheit. Die Sozialdemokratie hat in der Tat, als die Zentrumsvertreter darauf bestanden, daß ihr Kandidat in der Kabinettsbildung formell nach keiner Richtung hin gebunden sein dürfe, das Verlangen nach einer solchen Bindung fallen gelassen. Das heißt: sie hat Herrn Stegerwald freie Hand darin gelassen, zunächst nach jeder von ihm gewünschten Richtung hin Verhandlungen anzuknüpfen. Dafür hat sie das Versprechen verlangt und empfangen, daß Stegerwald sein Amt niederlegen würde, wenn seine Kabinettsbildung die Zustimmung einer Koalitionspartei nicht fände.

### August Scherl.

August Scherl, der gestern 72jährig gestorben ist, war der Bahnbrecher und später das Objekt einer Entwicklung des deutschen Journalismus, die heute mehr denn je die stärkste Aufmerksamkeit verdient. Er war der Mann, der als erster alle Mittel der modernsten Journalistik in den Dienst rücksichtsloser Bestrebungen stellte und an Stelle der langweiligen offiziellen und konservativen Presse der Vorgeist ein offizielles, rechtsgerichtetes Blatt für den Massenbedarf schuf. Kam er auf der einen Seite den Spieghelinstinkten und Klatschbedürfnissen unaufgelärter Schichten in bedenkenlosester Weise entgegen, so richtete er auf der anderen Seite einen großzügigen Nachrichtenendienst ein, der sein Blatt, den „Kokal-Anzeiger“, zu einer wichtigen Informationsquelle auch für den Politiker machte.

Die herrschenden Schichten des alten Preußen-Deutschland waren glückselig, nun neben den berüchtigten alten Rühmbäumen auch über ein Blatt zu verfügen, das die Vertretung ihrer Sache mit springeliebender Aktualität verband. Sorgte der „Kokal-Anzeiger“ in Berlin für die Vertiefung der Gehirne, so trug die „Woche“ die Herrlichkeit des persönlichen Regiments auch ins lernende Bayernhaus. Kein Wunder, daß Herr v. Bethmann die stärksten Anstrengungen machte, den Scherlischen Presseunternehmen Hilfe zu schaffen, als sie infolge verheerender Spekulationen notleidend wurden. Damals brachte er aus der Schwerindustrie zu diesem Zweck einige Millionen auf, später mag ihm das bitter leid geworden sein, als die Scherl-Pressen während des Krieges seine Politik heftig beschdte.

Damals gilt auch das Scherl-Unternehmen, die persönliche Schöpfung einer großartigen Unternehmerinitiative, in die Macht- sphäre des Großkapitals hinüber, es beschritt den Weg, den nach ihm soziale Presseunternehmen gegangen sind. Scherl wurde aufs Äußerste getrieben, ihm war die Entwicklung über den Kopf gewachsen. Wenn aber heute eine gewaltige, mit modernen Mitteln arbeitende Reaktionspresse in Deutschland besteht — der „Kokal-Anzeiger“-Typ fand allenthalben Nachahmung —, so ist das zu nicht geringem Teil sein Werk. Die damals herrschende liberale Presse wurde fast überall zurückgedrängt, die sozialdemokratische Presse aber, die einen erfreulichen Aufschwung nahm, hat heute mit einem Gegner zu ringen, der, mit allen Mitteln der Kapitalmacht ausgestattet, im Kampf um die Seele der Massen keine Rücksicht kennt. Politisch mußte man Scherls Werk hassen, sein Entgegenkommen an die unerwünschten Instinkte dürfte man verachten, technisch war manches von ihm zu lernen. Scherl war ein Zeitungsman großer Stils.

Zehn Jahre Vogelwarte Rossitten. Die Vogelwarte, die von der Deutschen Ornithologischen Gesellschaft auf der für die Vogel- forschung besonders günstigen Kurischen Nehrung in Rossitten ange-

An dieser Tatsache ändert sich auch nichts, wenn Stegerwald mitteilt, daß Herr Porsch, einer der Unterhändler des Zentrums, über die Behauptung der Bindung in große Erregung geraten sei und erklärt habe:

Nichts sei vereinbart. Er, Porsch, gehöre seit fast 40 Jahren dem Landtage an, und noch nie sei er der Unwahrheit bezichtigt worden. Mit Personen, die dies heute tun würden, könne er sich nicht mehr in interfraktionellen Besprechungen und im Kabinettsrat zusammensehen.

Die Erregung des Herrn Porsch ist ganz unangebracht. Die übereinstimmende Darstellung der drei sozialdemokratischen Unterhändler (vgl. die Erklärung in der heutigen Morgenausgabe) wird befalls bestätigt von den beiden demokratischen Teilnehmern der interfraktionellen Sitzung, den Herren Dominicus und Dr. Preuß. Herr Dominicus hat insbesondere sich während der Sitzung schriftliche Aufzeichnungen gemacht, welche die sozialdemokratische Darstellung in jeder Weise bekräftigen. Wenn es überhaupt unsere Absicht wäre, diese Angelegenheit im Entrüstungsstil zu behandeln, so wäre eine Erregung über Herrn Porsch weit begründeter als seine persönliche Empfindsamkeit. Daß die Darstellung des Herrn Porsch in den Reihen seiner eigenen Fraktion Zweifel erregt, beweist die inzwischen bekanntgewordene Tatsache, daß das Zentrum am Montag seinen Abgeordneten Dr. Heß zu Herrn Dominicus schickte, um ihn nochmals über seine Auffassung der Angelegenheit zu befragen. Sehr merkwürdig ist hierbei, daß Herr Dr. Heß, als Herr Dominicus ihm die Darstellung der Sozialdemokratie bestätigte, noch die zweite Frage an ihn richtete, wie er sich verhalten würde, wenn die Sache im Plenum des Hauses zur Sprache käme. Natürlich hat Dominicus auf diese Frage geantwortet, daß er auch dann nur die Wahrheit sagen könnte.

Recht merkwürdiger freilich berührt es, daß Herr Stegerwald in seinem Artikel für sich persönlich folgende Konsequenz zieht:

Nachdem ich annehmen mußte, allseitig bedingungslos gewährt zu sein, und die Vertreter der Zentrumsfraktion nach wie vor es auf das entschiedenste bestritten, eine Vereinbarung getroffen zu haben, glaubte ich, aus außer- und innerpolitischen Gründen wegen dieser nachträglichen Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien mein Mandat nicht niederlegen zu sollen.

Herr Stegerwald will also nach der Feldherrnmethode verfahren: „Hier bin ich, hier bleibe ich.“ Wenn er meint, das, was er „nachträgliche Meinungsverschiedenheiten“ nennt, was aber in Wirklichkeit vorher eingegangene Verpflichtung ist, stolz ignorieren zu können, so muß er auch die Konsequenzen daraus ziehen. Für die Sozialdemokratie gäbe es jedenfalls nur eine Stellung zu einem Kabinetts, das sich von vornherein als Kabinetts des Wortbruchs präsentiert: die allerschärfste Opposition.

### Sondergericht und Presse.

Aus Halle meldet uns ein eigener Drahtbericht folgendes fast ungläubliche Vorkommnis:

Bei der heutigen Verhandlung vor dem Sondergericht Halle ist den Pressevertretern von der Staatsanwaltschaft eine Erklärung überreicht worden, in der die Verwahrung gegen die Pressekritik an der Tätigkeit der Sondergerichte einlegt. Das Schreiben drückt ferner die Drohung aus, bei weiteren Kritiken die Presse von den Sitzungen auszuschließen.

Diese Ankündigung der Staatsanwaltschaft übertrifft alles bisher Dagewesene. Jedes ordentliche Gericht, das sich gegen Kritik wehrt, setzt sich dem Verdacht der Befangenheit aus. Wenn das Gericht aber gar die Presse ausschließen würde, weil es kritisiert wird, so würde es damit seine Befugnisse weit überschreiten. Das Recht der Kritik besteht aber in weit höherem Maße gegenüber den Sondergerichten, deren Recht- und Zweckmäßigkeit nicht nur von Kommunisten

bestritten wird. Diese Sondergerichte haben außerordentlich Vollmachten, sie müssen daher selbst außerordentliche Kräfte ertragen. Aber wenn die Staatsanwaltschaft eine solche Erklärung an die Presse gibt, von der unser Arbeiter spricht, dann ist das so ungehörig und so wenig ihrer Kompetenzen fallend, daß der Justizminister allen Anlaß hätte, ihr dafür den schärfsten Rufenstüber zu geben.

### Waffenschiedungen und Reaktion.

Aus dem Regierungsbezirk Straßund wird uns geschrieben: Der Regierungspräsident Dr. Haubmann als Demomachungskommissar äußert sich in der Presse des Bezirks,

„daß die Angelegenheit der Waffenschiedungen auf Rügen (Red.) b den zuständigen Stellen bekannt und mit aller erforderlichen Energie verfolgt worden ist. Der Herr Reichsanwaltschaftskommissar hat die Einziehung der Waffen durch besonders geschulte Kriminalbeamte unter Zuziehung von Vertrauensleuten des zuständigen Landrats vorgenommen. Die Vernichtung ist auf Anordnung des Reichswaffenschiedungskommissars unter Aufsicht seiner Organe bereits erfolgt. Das Strafverfahren gegen die Schuldigen ist eingeleitet.“

Die Aufdeckung der Waffenschiedung veranlaßt die Bevölkerung lediglich der Wachsamkeit des kommissarischen Landrats Genossen Ritzel in Bergen und dem Vertrauen, daß er bei der Bevölkerung genießt. Grund genug für die Landbündelpresse, ihn in unglücklichster Form anzupöbeln! Bezeichnend ist, daß gerade in der kritischsten Zeit dieser Waffenschiedung Sturm gegen Genossen Ritzel gelaufen wurde. Die Reaktion schloß sich gegen ihn zusammen, und bei der Wahl im Kreisstag erhielt er eine Stimme weniger als der Kandidat der Rechten, der volksparteiliche Regierungsrat Banke aus Straßund. Dabei hat die Volkspartei im Kreisstag nur 2 von 24 Stimmen! Aber die Deutschnationalen stimmten für den Volksparteiler, in der Absicht, den Genossen Ritzel unter allen Umständen zu beseitigen, und in der Ueberzeugung, daß der volksparteiliche Regierungsrat „voll und ganz“ ihr Mann sei.

Die enge Koalition zwischen Deutschnationalen und Volkspartei im Regierungsbezirk Straßund trat nicht nur hier hervor, sie ist auch in anderen Kreisstagen festzustellen, und dem Führer der Partei im Bezirk, dem Oberregierungsrat Dr. Höhnert in Straßund, sagt man geradezu eine Verbrüderung mit dem Landbund nach. Wie hätte sich wohl eine im Bezirk „regierende“ Deutsche Volkspartei, ein volksparteilicher landräulicher Vertrauensmann des Landbundes, gegenüber den Waffenschiedungen verhalten, einer Gefahr gegenüber, die nun durch das Zusammenwirken eines demokratischen Präsidenten mit einem sozialdemokratischen Landrat — hoffentlich restlos — beseitigt ist!

### Ein menschenfreundlicher Gutsbesitzer.

In der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ war kürzlich folgendes Inserat zu lesen:

Zweiter Beamter zum 15. April oder später gesucht. Gehalt 100 Mark monatlich. Bett ist mitzubringen. Nittergutsverwaltung Strenganz, Post Prielros (Markt).

Dieses Inserat enthält die Beamtenfreundlichkeit unserer Agrarier in geradezu ergreifender Weise. Dieselben Leute, die in den Parlamenten angeblich nicht genug für die Notlage der Beamten tun können, mögen es, einem Beamten einen Hungerlohn anzubieten, der zum Sterben kaum zu viel, zum Leben aber sicher zu wenig ist. Der Agrarier als Arbeitgeber spielte seit jeher stets in Deutschland eine besondere Rolle. Daß derartige Inserate in einem führenden Blatt des Großgrundbesitzes möglich sind, läßt beinahe die Tatsache vergessen, daß seit den glorreichen Zeiten der bäuerlichen Selbstbesitzung mehr als hundert Jahre vergangen sind. Trotz alledem ist zu befürchten, daß bei der durch die Hungerungsnotlage des Großgrundbesitzes im Volke geschaffenen Notlage sich Menschen finden, die diesem schamlosen Ausbeuter gefällig sein müssen.

in diese wunderbaren Dinge, die durch viertausend Jahre hindurch unversehrt geblieben sind.

Elektrisches Haarschneiden. Die Möglichkeiten für die Verwendung der Elektrizität als Arbeitskraft scheinen unerschöpflich zu sein. Von einer Chicagoer Firma ist jetzt eine elektrische Haarschneidemaschine auf den Markt gebracht und damit auch zur Reifeprüfung des Friseurgewerbes ein weiterer Schritt getan worden. In seinem Aufbau gleicht der neue, mit einem kleinen Elektromotor angetriebene Schneidapparat den Haarschneidemaschinen für den Handgebrauch, vertritt aber im Gegenfall zu diesen selbständig alle Operationen, für die bisher Schere und Handmaschine benutzt werden; er nimmt die kurzen Haare im Genick und an den Halsseiten fort, stutzt das lange Haar und zieht saubere Linien über die Stirn und um die Ohren. Der Apparat soll bei der Haarschneidverrichtung erheblich Zeit sparen; bei seiner Benutzung braucht der Barbier den Apparat nur leicht zu führen.

Prof. Peter Wehrndt hält heute abend 8 Uhr in der Deutschen Hochschule für Politik im Rahmen des Abendkursus „Wirtschaft und Technik“ einen Lichtbildvortrag über „Industrielle Bauten“. Karten sind an der Abendkasse, Scheinplatz 6, erhältlich.

Naturwissenschaftliche Lehrgänge. Die für Lehrer und Lehrkräfte eingerichteten Lehrgänge für den naturwissenschaftlichen Unterricht im Sommer 1921 beginnen bereits Ende April, teils in der ersten Hälfte des Monats Mai und dauern in der Regel zwölf Wochen. Meldungen sind mündlich oder schriftlich an den Direktor der Hochschule, Geh. Reg. Rat Dr. v. Wehrndt, Str. 130 (Erdgeschoss) wochentags außer Sonn- und Feiertagen von 10—3 Uhr zu richten. Die Gebühr für jeden Lehrgang beträgt 30 M.

In der Komischen Oper beginnt am 1. Mai die Oper „Die Zeit“ unter Leitung von Dr. Felix Schiller. Zur Aufführung gelangt zuerst die Oper „Mit Heideberg“ nach dem gleichnamigen Schauspiel von Peter Heister. Musik von Schiller.

Arbeitsgemeinschaft für Deutsches Wandern. Donnerstag, 28. April, 8 Uhr, im Oberlichtsaal der Ghibberina, Rennburger Straße 22/23: Lichtbild-Vortrag, Prof. Dr. Duell: „Periplo und das nördliche Südamerika“.

Botanischer Anstalt. Als die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung neulich einen Garantiefonds für die in diesem Sommer geplanten Anstaltserweiterungen bewilligte, stellte ein maßgebendes Mitglied den Antrag, man solle darauf achten, daß auf den Anstaltserweiterungen wenigstens das Oben und Unten zu unterscheiden und zu erkennen sei, wie sich Kopf und Kumpf, Arme und Beine zusammenschließen! — Das ist ja nicht verlangt, die neuen Kunst hat — so behaupten die Kenner wenigstens — kein Unten und Oben mehr.

Ein deutsches Theater in Gaudenz. In Gaudenz ist ein deutsches Kulturunternehmen, die „Deutsche Bühne Gaudenz“, gegründet worden. Es will, wie in Bromberg, ein deutsches Theater schaffen, das die Verbindung der deutsch sprechenden Bevölkerung mit dem deutschen Geistes- und Kulturleben ausbreitet und erhält.

Berichte mit drahtloser Telephonie landen auf Veranlassung des telegraphen-technischen Reichsamts Montag mittags 10 Uhr in Gaudenz w u s t e r b a u e n und W a n g e n hat. Der Bericht ist ausgezeichnet gehalten. Auch drahtlose Nachrichten gelang vorzüglich.



